

nen, gleichgültig, gegen welchen Abgeordneten und welche Aus-
sagen er sich richtet. So werde ich mich auch jetzt dagegen,
dass man die Friedensgesellschaften und den Aussenverhandlung
in der Weltung einrichtet. Was dem einen recht ist, ist dem
anderen billig. Die größte Freiheit in der Ausübung dessen,
was die einzelnen Volksglieder in dieser wichtigen Frage empfin-
den, verlangen wir nicht für uns. Eine freie Ansprache all dieser
Reize kann dem Volke und seiner Zukunft nur zuträglich sein.
Mein Fraktionsgenosse Herr Dr. Schmidt hat die Frage der Zensur als
Wahlrecht benimmt. Um Kriegszielvorstellungen der
Nationalallgemeinen Partei vorzubringen, allerdings hat
er von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Entschiedenheit zu be-
weisen, um sie durch Aufnahme ins Programm der Partei zu be-
weisen. Die Entschiedenheit ist ein Muss. Dazu war er um so
mehr berechtigt, als wir hier wie so oft erleben, dass sofort nicht
nur der weitere Abdruck, sondern auch jeder Kommentar verboten
wird. Aber eine ganz unerhörte Kritik des Herrn
Gardien in der „Zukunft“ wird im Deutschen Reich ge-
laubt. Von dem herrlichen Gemüth von sogenannten Deutschen will
ich eine Probe verstehen. (Der Redner verliest eine Stelle, in der
dem Herrn Gardien, einem Krieger und einem Preßler die
Weisheit und die Unterwerfung als eine Waffe gerühmt werden, die
neutrale Handelspolitik als lässige Weltweise aus dem Wege
räumen.) So also wird eine Entschiedenheit von Männern, an
deren Patriotismus niemand zu zweifeln ein Recht hat, hingestellt
als lediglich aus dem Interesse gebend. Weshalb werden sie an-
sehen, und als ob die Unterwerfung nur unter dem Gesicht-
winkel betrachtet würde, dass in jedem Handelsvertrage ein völliger
Konkurrenz der Dage und das Land befreit werde. Ich bin
seinerzeit dagegen aufgetreten, dass die „Zukunft“ verboten werde
und habe mich deshalb selbst an den Chef der Reichsregierung ge-
wendet, weil ich bei einem im Ausland so bekannten Blatt nicht
für richtig hielt. Ich bin auch hier nicht für ein Verbot. Aber wenn
solche Artikel gegen uns gerichtet werden, dann darf man sich nicht an-
maßen, die Entschiedenen der Parteien dieses Landes von der
Gnade der Kommandierenden Generale oder deren Aufstacheln
abhängig zu machen. Was wir für uns in Anspruch nehmen, ge-
hehe ich auch der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeit-
gemeinschaft zu. Wollen soll das führen, wenn man auch jetzt noch
glaubt, an der

Erörterung der Kriegsziele

vorbereiten zu dürfen. In seiner letzten Rede hat der Reichs-
kanzler ausführlicher als vorher den Kriegsziele gesprochen und
in Bezug auf den Osten ein ganzes Programm aufgestellt von
dem, was ihm an politischer Neuorientierung in
Europa vorsteht. Wenn die Regierungsbank das Recht
gibt, ihre Parteien zum Ausdruck zu bringen, auf der anderen
Seite der Parteien des Hauses verlangen, ihre Entschiedenen
zu veröffentlichen, so kommt das auf das hinaus, was in einem
Gesetz in der Presse verlegt wurde, ohne dass der Reichskanzler
gefragt hätte. Der Reichskanzler hat gesprochen, was er sagt, das
darf man in dem Sinne kommentieren, was in dem Sinne
ausdrücken hat. (Hört, hört!) Das ist nicht ein bei den deutschen
Parlamenten würdiger Ausdruck. Auch unsere Organisationen, aus
denen die Fraktionen hervorgehen, müssen für sich das Recht
haben, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich bin sehr davon
überzeugt, dass keiner der Kommandierenden Generale auf den
Gedanken gekommen ist, sich mit der Entschiedenheit unserer
Reichsregierungsbank zu befassen. Es muss eine Anweisung
vom kaiserlichen Amt oder Reichskanzler er-
gangen sein. Die mit der Handhabung der Zensur beauftragten
Beauftragten haben uns auch ausgesprochen, wie sehr sie
darunter leiden, dass sie immer ihren Kopf heben müssen für
die Anweisungen, die ihnen von den Zivilbehörden ge-
geben werden. (Hört, hört!) Deshalb muss man die Be-
auftragten befehlen, die ihnen von den Zivilbehörden ge-
geben werden. Diejenigen, die die Anweisung geben, müssen
auch der hohen Öffentlichkeit die Verantwortung tragen.

Zuletzt es sich um militärische Fragen handelt, wird man dem
Abgeordneten Weichmann fragen können, dass in seiner Zeit
Leiter und Führer großer Parteien sich ihrer Verantwortlichkeit be-
wusst sein müssen und die Autarkie der Regierung nicht dadurch
leiden darf, dass man sie Anspiel auf die Presse macht. Die
Unterwerfung ist aber vom Reichskanzler selbst als
eine solche bezeichnet worden, die militärische, politische
und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte aufzunehmen. Das verheißt
ich nicht recht, wie mein feindschaftlicher Gegner bei derartig
einschneidenden Fragen das Parlament einfach ausschalten will. Dar-
auf kommt es hinaus, wenn er auch die Frage der auswärtigen
Politik als einen rochen de bronze stabilisiert, an dem wir ge-
schlagen müssen. Das führt zu einer Gesamtumschaltung des Par-
laments, zu der wir jetzt weniger als je bereitwillig haben. Der
Hr. v. Rosen hat argumentiert, durch sein Eintreten für den rudi-
mentären Unterwerfungsnachweis nähme wir jede Möglichkeit, den
Krieg in absehbarer Zeit zu beenden und bein-
träglich für die Stimmung in Heer und Volk, die vom Friedens-
wille befehl seien. Bei den großen Staatsräthen haben wir be-
reits ausgesprochen, dass

eine starke Friedensstimmung bei uns in Heer und Volk
vorhanden ist, ebenso wie bei anderen Völkern. Wenn er aber
mit der Voranweisung arbeitet, die Internationalität und unsere
Kaufkraft verlängern den Krieg ins Unendliche, so ist gerade das
der Streikpunkt. Wir sind der Auffassung, dass durch die Anwen-
dung all unserer Wohlfahrtsmittel und die vielleicht einzige Möglich-
keit gegeben ist, den Krieg in verkürzter Weise zum
siegreichen Ende zu bringen. Sie können unsere
Auffassung bekämpfen, dürfen aber die Frage nicht als com-
munis opinio voraussetzen. Kann hat sich der Hr. v. Rosen für
den Präsidenten Wilson eingekleidet. Wenn Sie mit
Stimmungslin das Volk befragen, so wird nur eine kleine Minder-
heit von Volksgenossen für Herrn Wilson als Fried-
ensvermittler sein. (Zustimmung.) Nachdem er durch
intensive Anpassung aller Möglichkeiten der Munitionsherstellung
unsern Feinden überhaupt erst die militärische Durchhal-
tung ermöglicht hat, nachdem er in seiner Weise die ihm zur Ver-
fügung stehende gewaltige Macht eines so großen Weltreiches
Deutschland gegenüberstellt, dass die Lebensmittelfürsorge nach
Deutschland gewährleistet würde, nachdem wir auch erlebt ha-
ben, dass er stets die Hand drohend erhebt und mit aller Macht
uns vorging, wenn wir uns in diesem erbitterten Aus-
dauerungskrieg wehren wollten (Seine Reden), würden wir die
Friedensvermittlung einer wirklich neutralen Macht, vielleicht
des Präsidenten der Schweiz, wenn sie sich dafür gerichtet
ist, die gute Hand zu bieten, nicht zurückweisen. —

die Hand eines Wilson oder weisen wir zurück.

und wir glauben uns darin mit dem überwiegenden Teil des
deutschen Volkes einig. (Zustimmung.) Widerspruch links.
Zuruf des Hr. v. Weichmann: Sie, Herr Stresemann, wissen
ich zurück. Unter den Parteien, die unsere Ansichten vertreten,
haben ebenfalls viele Volkstheile und Millionen von
Stimmen. Der Hr. v. Rosen spricht mit Bezug auf uns und
unser Gefühlsverwandte immer mit besonderer Betonung als
von Feindregieren. Was wir auszusprechen, steht nicht im

Gegensatz zu der Meinung unserer Freunde, die draußen an der
Front kämpfen. Wir sind mit ihnen ebenso einig, wie mit
unseren Parteigenossen im Lande. Derartige herabsetzende An-
griffe sollte man nicht vorbringen und auch nicht ausüben, das
wir mit diesem Mittel und seiner Anwendung nur eine Möglich-
keit sehen, den Krieg zu verkürzen und uns dem Frieden
näherzubringen, den wir genau so sehr er-
sehnen wie irgend ein anderer Volkstheil. (Beifall.) Es geht
zu weit, wenn man selbst wissenschaftliche Aufsätze in
wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht, weil die Frage der
Wissenschaften der Ethik bei der Kriegsgeschichte erwirkt
wird und ausbleibende Blätter daraus Forderungen ziehen, die noch
Anspruch der Zensurbehörden dazu beitragen, Deutschland zu schaden.
Der Hr. v. Weichmann hat dem Reichstag, das kann drücklich aus
seiner Ausführungen hervorgehen, verweigert, dass er nicht mit der
gelehrten Haltung der Presse der Verantwortlichkeit eines Abge-
ordneten für die Unverletzlichkeit seiner eigenen Mitglieder einzutreten
vermöge. Aber die Unverletzlichkeit der Person
eines Reichstagsmitgliedes muss aufhören, wo der
Landesverrat beginnt. Wenn man sich auf den Standpunkt Wil-
son's stellt, hätten die deutschen Völker gegen Weichmann und
Weil auch dann nichts unternehmen können, wenn sie in Deutsch-
land geblieben wären. Wir haben immer die letzte Entscheidung
in der Hand, ob wir unsere Zustimmung geben wollen oder nicht.
Wenn unter tausend Jähren der

Verhängung von Schutzhaften

einmal eine Verletzung vorkommt, so sollte das nicht Veranlassung
geben, so heilige Aufsätze auf der Reichstagstribüne zu gebrauchen,
weil dadurch falsche Auffassungen im Ausland entstehen können,
die zu den Äußerungen führen, gegen die wir nichts sind
und die durch das Verhalten eines verantwortlichen Deutschen
zu begründeten Kausalitäten im Ausland geschaffen haben.
Die Verhältnisse können nicht so bleiben. Die
Entschiedenheit muss einzig und allein bei den Verantwortlichen
bleiben. Ich verheiß nicht, dass sie nach nicht einleihen, was ein
starker Reichstag für sie in der Zukunft bedeutet. Der
Schaden, den diese Reden und ihre Wiederholung im Lande
anrichten, ist weit größer, als wenn Sie eine größere Freiheit der
Reichstagsausführung geben und sich nicht geizen auf veraltete
Gelehrte und deren zum Teil widersprüchliche Auslegung. Wir
stimmen den Ausdrucksanträgen und auch dem Fortschrittlichen
Volkstheile zu. (Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Der Reichskanzler kann nur für diejenigen Maßnahmen der
Zensur die Verantwortung übernehmen, die von ihm oder den
ihm nachgeordneten Stellen ausgehen. Jeder Reichstag kann nur
für das verantwortlich sein, was in seinem Machtbereich geschieht.
Weglich der Entschiedenheit des national liberalen
Reichstagsorgans stelle ich fest, dass in diesem Falle eine
Verantwortung der Reichstagsorgane nicht trifft. Das Verbot der
Veröffentlichung ist erfolgt, ohne dass nach unserer Kenntnis von
irgend einer jenen eine Anregung ergangen ist. (Zu-
geordnet Herrmann (nat.): Ja, ja! Ich muss das bitten, dass
meinen Vorgesetzten gefälligst wird. Es wurde betont, dass
„Zukunft“ gehalten werden sei, jede Kritik zu üben. Ich möchte
darauf aufmerksam machen, dass die letzte Nummer der „Zukunft“ aber
der Reichstagsorgane verfallen ist. Es ist nicht das erste Mal, dass
es eingegriffen werden ist. Was die Gesamtheit der
Zensur anlangt, so sind organisatorische Maßnahmen
ergriffen worden, um die unangenehmen und lässigen
Wirkungen der Zensur nach Möglichkeit abzumildern. Es
wurde eine Oberprüfstelle geschaffen, deren Wirkungen
anerkannt werden. Auch die Gebote, auf die sich
die Zensur erstreckt, sind beschränkt worden. Als Staatssekretär
des Reichskanzlers habe ich dahin gewirkt, dass die Aus-
sprache über die Steuerfragen nicht eingeschränkt
wurde. Die Öffentlichkeit konnte sich auch in den Partei-
versammlungen darüber aussprechen. Wenn Versammlungen
verboten wurden, so habe ich dahin gewirkt, dass das Verbot rück-
gängig gemacht wurde. Wir hoffen, dass wir zu einem Abbau
der Zensur kommen. Die vollständige Aufhebung der Zensur,
auch über die Friedensziele, ist leider noch nicht möglich. (Zuruf:
Warum nicht?) Ich habe von meinem Vorgesetzten wohl beobachtet,
dass die Ausführungen der Linken über diese Frage bei den
Rechten Widerspruch fanden und umgekehrt. Zum Abklingen
aber der Disziplin, nicht allein auf rein militärischem Ge-
biet, sondern auch auf politischem. Solange die Gesichtspunkte
innerhalb des deutschen Volkes sich in scharfer Gegenüberstellung
gegenüberstehen, wäre es bedenklich, die Ausprägung ganz frei-
zugeben. Für uns immer nur der eine Gesichtspunkt vor
allen anderen vorzugehen, nämlich der, den Krieg freigelegt durch-
zuführen. Weshalb Sie nur immer dieses Ziel im Auge, unter-
werfen Sie sich ihm, auch wenn es Opfer der persönlichen Über-
zeugung kostet und wenn es Ihnen recht schwer fällt. (Beifall.)

Hr. v. Graefe (Rom):

Ich vergesse darauf, parteipolitische Erwägungen zu machen,
wie der Hr. v. Rosen, der Herr v. Rosen ist nicht auf parteipolitische
Erwägungen, sondern auf die Erwägung des deutschen Volkes.
Was man sich die Dinge ohne parteipolitische Gründe betrachten. Die
aller Kultur höhnepredende Reichsführung Englands und seiner
Freunde in Amerika wird bei unserem Volke richtig eingeschätzt.
Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Zensur mit der öffent-
lichen Meinung auszuüben will. Der Staatssekretär
des Reichskanzlers, Herr v. Jagow, hat die volle
Verantwortung dafür übernommen, dass der Artikel des Herrn
v. Weichmann über Amerika verboten wurde. Es wies auf die
temperamentvolle Sprache hin und dass Herr v. Weichmann ein
hochangesehener Mann sei. (Hört, hört!) und Herr v. Weichmann
nicht, ob er ihm das leistet. (Hört, hört!) Herr v. Weichmann
ist aber auch der Führer einer nicht zu verachtenden Partei.
Diesen Artikel hat man verboten.

Weniger Seltsames aber hat man gehabt, als in der „Frank-
furter Zeitung“ des Herrn Stein ein Artikel erschien, in dem es
heißt: man stelle den Kopf solange ein möglich in den Sand, und
das deutsche Volk sollte die schwächere Politik nicht mit-
machen, und diese schwachen und weichen Hände sollten das
Steuer nicht führen. (Hört, hört!) Das hat der Herr v. Weichmann
beantwortet. Das scheint sie weniger höhnend empfunden zu haben. Wie-
leicht fiele sie Herrn Stein auch nicht für so „temperamentvoll“
und „hochangesehen“ an, so dass seine Ausführungen nicht so be-
denklich wären. (Hört, hört!) Ich habe die Gänge der Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung“ beendigt, die erklärte, bei der
deutschen Reise fiele die Regierung bereits völ-
lig informiert gewesen, dass England auf seinen der
Entschiedenheit. Das war in der Zeit, wo Herr v. Weichmann
in diesem Hause seine bekannte Rede hielt. Die Ge-
schichte hat Herrn v. Weichmann recht gegeben. (Zustimmung.)
Man kann sich daher nur wundern, dass jetzt, wenn Herr
v. Weichmann wieder in ähnlicher Weise seine Stimme erhebt,
Herr v. Jagow die volle Verantwortung dafür übernimmt, dass
dieselbe Herr v. Weichmann wieder mundlos ge-
macht wird. (Hört, hört!) Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Jagow, was, dass er die Verantwortung für
das Verbot des Abdrucks des Weichmann-Artikels übernommen

hat, das er aber bezüglich der „Zukunft“ mit ihrer Schenkung
die jeden Deutschen anerkennen, erklärt, dass das ganz außerhalb
des Rahmens seiner Verantwortung sei. (Hört, hört!) Ich
bedauere, dass er sich in diesem Falle so schnell in das Schreden-
dasein seines Redeforts zurückgezogen hat. (Zustimmung.) Es
wäre eine natürliche Forderung der persönlichen Logik gewesen,
dass, wenn man einen so temperamentsvollen und hochangesehenen
Mann verurteilt, dass man dann nicht der Subjektivität eines
Mannes, der nicht auf die Schlußfolgerungen des Herrn v. Weichmann
beruht, als Maßstab für die politische Zensur
Nationalallgemeinen. (Hört, hört!) Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.

Herr v. Weichmann mit seinen Eingangsreden nicht sehr glücklich.
Er hat es für geschmackvoll gehalten, die Reaktionen des Re-
fessors Schaefer in einem Abdruck zu nennen mit dem
Ringschluss des Dr. Weichmann. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.
Herr v. Weichmann mit seinen Eingangsreden nicht sehr glücklich.
Er hat es für geschmackvoll gehalten, die Reaktionen des Re-
fessors Schaefer in einem Abdruck zu nennen mit dem
Ringschluss des Dr. Weichmann. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.
Herr v. Weichmann mit seinen Eingangsreden nicht sehr glücklich.
Er hat es für geschmackvoll gehalten, die Reaktionen des Re-
fessors Schaefer in einem Abdruck zu nennen mit dem
Ringschluss des Dr. Weichmann. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.

Als Reichstagsabgeordneter wird man draußen oft ange-
sprochen, entweder wird ihm die Rede eines Reichstagsmitgliedes
angebracht, oder man fragt ihn, was er zu der Rede eines Reichstagsmitgliedes
sage. Ich möchte hier noch ein Wort sagen, das Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.
Herr v. Weichmann mit seinen Eingangsreden nicht sehr glücklich.
Er hat es für geschmackvoll gehalten, die Reaktionen des Re-
fessors Schaefer in einem Abdruck zu nennen mit dem
Ringschluss des Dr. Weichmann. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.

Herr v. Weichmann mit seinen Eingangsreden nicht sehr glücklich.
Er hat es für geschmackvoll gehalten, die Reaktionen des Re-
fessors Schaefer in einem Abdruck zu nennen mit dem
Ringschluss des Dr. Weichmann. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.
Herr v. Weichmann mit seinen Eingangsreden nicht sehr glücklich.
Er hat es für geschmackvoll gehalten, die Reaktionen des Re-
fessors Schaefer in einem Abdruck zu nennen mit dem
Ringschluss des Dr. Weichmann. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow:

Der Hr. v. Graefe sagte, ich hätte hier eine scharfe Erklärung
abgegeben. Das las durchaus nicht in meiner Absicht, ich habe rein
sachlich auseinandergesetzt, weshalb ich in dem einen Falle die
Zensur um ihre Einschränkung gebeten habe, in dem anderen Falle
nicht. Die Beschränkung der Zensur in der Reichstagsdebatte war
in einem Moment erfolgt, wo sie dem Standpunkt der auswärtigen
Politik aus nicht zureichenden Gründen kam. Wenn nachher Herr
v. Weichmann in einem Artikel der „Zukunft“ angegriffen worden
ist, so kann ich das wohl sehr bedauern, aber zu einem Einbruch
der Zensur lag kein Anlass in diesem Moment nicht mehr vor;
identischer hätte das Auswärtige Amt seinen Grund zu einem Ein-
greifen gehabt. Der Hr. v. Graefe hat mich sehr herzlich begrüßt,
ich gedenke für einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der über
nicht nur dem Herrn Stein, sondern meines Wissens auch von der
Redaktion verurteilt wurde. Das Auswärtige Amt hat mit diesem
Artikel nichts zu tun.

Hr. Stadthagen (S. N. O.):

Die Immunität des Hr. v. Graefe ist verkehrt worden. Ich
wunder mich, dass die bürgerlichen Abgeordneten sich alle Mühe
geben lassen. Die Verurteilungen des Reichstags im 6. Per-
sonal der Reichstagsorgane. Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

In meinem Rednern muß ich feststellen, dass die Zweifel,
die ich in der letzten Sitzung an der Möglichkeit der Verwirkli-
chung der Reichstagsdebatte geäußert habe, durch die weiteren Fortgang
der Debatte sehr bekräftigt worden sind. (Hört, hört!) Ich
bedauere, dass er sich in diesem Falle so schnell in das Schreden-
dasein seines Redeforts zurückgezogen hat. (Zustimmung.) Es
wäre eine natürliche Forderung der persönlichen Logik gewesen,
dass, wenn man einen so temperamentsvollen und hochangesehenen
Mann verurteilt, dass man dann nicht der Subjektivität eines
Mannes, der nicht auf die Schlußfolgerungen des Herrn v. Weichmann
beruht, als Maßstab für die politische Zensur
Nationalallgemeinen. (Hört, hört!) Ich möchte hier noch ein Wort
sagen, das Herr v. Weichmann, was die politische Zensur
angeht, ist die höchste Staatsanwaltschaft, die man in den
Verhältnissen nachstehenden Völkern hat. Jeder Herr v. Weichmann
aber, das aus dem deutschen Volkswille heraus spricht, das
aus dem deutschen Volke kommt, das unterdrückt man.

senhandlg., Neustadt 11